

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Hauptausschuss führte seine 15. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 05.01.2016, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Beratungsraum 212, von 18:30 Uhr bis 20:15 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Dr. Werner Rauball

Mitglied

Günter Herder
Doreen Garbotz-Chiahi
Klaus-Ari Gatter
Ingo Jung
André Krillwitz
Daniel Roi
Armin Schenk
Horst Tischer

i.V. von Herrn Dr. Holger Welsch

Mitarbeiter der Verwaltung

Dirk Weber

FBL Stadtentwicklung

Gäste

Frau Dagmar Zoschke
Frau Gudrun Rauball

Stadtratsvorsitzende
Stadträtin

abwesend:

Mitglied

Dr. Holger Welsch

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 05.01.2016, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Entscheidung über Einwendungen zu den Niederschriften und Feststellung der Niederschriften	
3.1	Niederschrift vom 23.11.2015	
3.2	Niederschrift vom 26.11.2015	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Stellungnahme des Stadtrates zur Verfügung des Landkreises betreffend die Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern der Neue Bitterfelder Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (Neubi) BE :Fraktion DIE LINKE.	Beschlussantrag 231-2015
6	Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs der Stadt Bitterfeld-Wolfen vor dem Verwaltungsgericht Halle BE: Fraktion DIE LINKE.	Beschlussantrag 232-2015
7	Vorberatung zum Umgang mit den Rücktritten der beiden Stellvertreter der Stadtratsvorsitzenden	
8	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen	
9	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Rauball, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind zu Beginn 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p><i>Herr Roi nimmt ab 18:32 Uhr an der Sitzung teil; somit sind 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</i></p> <p>Zur vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Änderungsanträge; diese wird bestätigt.</p>	<p>einstimmig beschlossen Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 3</p>	<p>Entscheidung über Einwendungen zu den Niederschriften und Feststellung der Niederschriften</p>	
<p>zu 3.1</p>	<p>Niederschrift vom 23.11.2015</p> <p>Zur Niederschrift vom 23.11.15 gibt es keine Einwände; diese wird bestätigt.</p>	<p>mehrheitlich beschlossen Ja 5 Nein 0 Enthaltung 4</p>
<p>zu 3.2</p>	<p>Niederschrift vom 26.11.2015</p> <p>Zur Niederschrift vom 26.11.15 sind ebenso keine Einwände zu verzeichnen, so dass diese auch bestätigt wird.</p>	<p>mehrheitlich beschlossen Ja 4 Nein 0 Enthaltung 5</p>
<p>zu 4</p>	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Es werden keine Anfragen gestellt.</p>	
<p>zu 5</p>	<p>Stellungnahme des Stadtrates zur Verfügung des Landkreises betreffend die Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern der Neue Bitterfelder Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (Neubi) BE :Fraktion DIE LINKE.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Rauball, rekapituliert einleitend den Sachverhalt.</p> <p>Da über den Widerspruch der OB im Hauptausschuss nicht mehr beraten werden muss, findet die Entscheidung darüber am 14.01.16 im Stadtrat statt. Zur Vorberatung im HA stehe allerdings die Stellungnahme des Stadtrates zur Verfügung des Landkreises an. Er habe sich bemüht, in der Stellungnahme alle Argumente einfließen zu lassen, die die Rechtmäßigkeit der Entscheidung des Stadtrates dokumentieren. Des Weiteren habe er sich mit den gegenteiligen Argumenten der Kommunalaufsicht auseinandergesetzt. Er bemängelt im Schreiben der KAB u.a. das Zitat einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs in der Frage der Ersatzvornahme, was nach seinem Dafürhalten im vorliegenden Fall überhaupt nicht anwendbar ist. Unabhängig davon sei auch die Behauptung des Landesverwaltungsamtes, dass die Neubi rechtswidrige Beschlüsse im</p>	<p>Beschlussantrag 231-2015</p>

	<p>Aufsichtsrat fassen würde, s.E. falsch, da die derzeitige Besetzung nach dem GmbH-Gesetz gesichert sei. Die GF der Neubi habe, gemeinsam mit der Gesellschafter-Vertreterin, einen Beschluss gefasst, wonach die Aufsichtsratsbeschlüsse zusätzlich noch von der Gesellschafterversammlung bestätigt werden müssen.</p> <p>Die Fraktion DIE LINKE empfiehlt, die gem. Anlage vorgeschlagene Stellungnahme des Stadtrates als Bestandteil des Widerspruchsschreibens der OB gegen die Verfügung des Landkreises zu verwenden. Rege Diskussionen schließen sich an, in denen u.a. Herr Jung bemerkt, dass er aufgrund der wiederholten Stellungnahme der Kommunalaufsicht und der mehrheitlichen Entscheidung des Stadtrates Herrn Wießner empfehlen würde, freiwillig von der Kandidatur zurückzutreten, um die Sache abzuschließen.</p> <p>Herr Schenk betont wiederum, dass die Fraktion an der von der Verwaltung, der Kommunalaufsicht des LK und des Landesverwaltungsamtes getragenen Rechtsauffassung mehrheitlich festhalte.</p> <p>Herr Tischer bringt nochmals zum Ausdruck, dass es hier darum gehe, dass Aufsichtsratsvertreter nach d'Hondt entsandt werden sollen, was jedoch nur für Stadtratsmitglieder gelte.</p> <p>Herr Herder ergänzt, dass hier maßgebend sei, dass Herr Wießner nicht die Mehrheit im Stadtrat habe. Er könne die Kommunalaufsicht nicht verstehen, warum derartige Beschlüsse in Gänze aufgehoben werden sollen. In der weiteren Diskussion ist sich das Gremium mehrheitlich dahingehend einig, dass im Interesse aller Beteiligten endlich Rechtssicherheit in der Angelegenheit hergestellt werden muss.</p> <p>Der Hauptausschuss gibt sodann nachfolgendes Votum zum BA-231-2015 als Empfehlung für den Stadtrat ab:</p>	<p>mehrheitlich empfohlen</p> <p>Ja 6 Nein 1 Enthaltung 2</p>
<p>zu 6</p>	<p>Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs der Stadt Bitterfeld-Wolfen vor dem Verwaltungsgericht Halle BE: Fraktion DIE LINKE.</p> <p>Herr Dr. Rauball bemerkt einleitend, dass die Kommunalaufsicht die Verfügung mit der Anordnung der sofortigen Vollziehung versehen habe. Dementsprechend müsse hier die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gem. § 80 Abs. 5 Verwaltungsgerichtsordnung wiederhergestellt werden. Die OB müsste dies dann vor dem Verwaltungsgericht Halle vertreten. Es handele sich dabei um das sogenannte Eilverfahren, was erfahrungsgemäß innerhalb von 3 bis 4 Monaten erledigt sein würde. Ein normales Verfahren würde mindestens 1 Jahr dauern.</p> <p>Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum Beschlussantrag. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 232-2015 zur Beschlussfassung.</p>	<p>Beschlussantrag 232-2015</p> <p>mehrheitlich empfohlen</p> <p>Ja 6 Nein 1 Enthaltung 2</p>
<p>zu 7</p>	<p>Vorberatung zum Umgang mit den Rücktritten der beiden Stellvertreter der Stadtratsvorsitzenden</p> <p>Herr Dr. Rauball informiert, dass er die Stadtratsvorsitzende zu diesem TOP eingeladen habe, damit sie sich zu den bisher nur mündlich bekannten Rücktrittserklärungen der beiden Stellvertreter äußern könne. Frau Zoschke war zur letzten Stadtratssitzung auch nicht anwesend und die Niederschrift über diese Sitzung ist bis dato noch nicht fertiggestellt. Er verweist in der</p>	

Angelegenheit auf den Presseartikel in der MZ.

Herr Dr. Rauball erteilt daraufhin **Frau Zoschke** das Wort. Sie bringt nochmals zum Ausdruck, dass sie von der Information über die Rücktrittserklärungen der beiden Stellvertreter überrascht wurde und den Inhalt der Erklärungen nicht kenne. Sie wurde dennoch von der MZ um eine Stellungnahme gebeten. Sie erklärt u.a., dass sie bereits im November 2015 gegenüber den beiden Stellvertretern mitgeteilt hatte, dass sie zur Stadtratssitzung am 02.12.15 aller Voraussicht nach, aufgrund einer Ausschusssitzung in Magdeburg, nicht anwesend sein könne. Die Woche darauf war sie leider erkrankt. Sie habe Herrn Rohde gebeten, dem SB Bürgerservice mitzuteilen, dass sie die Sitzung am 11.12.15 aus diesem Grund nicht leiten könne. Sie sei enttäuscht darüber, dass für die Rücktrittserklärung eine Stadtratssitzung ausgesucht wurde, an der sie nicht anwesend war. Sie schätze selbst ein, dass in den 1 1/2 Jahren der gemeinsamen Arbeit des „Präsidiums“ an keiner Stelle offensichtlich gewesen sei, dass die Unstimmigkeiten so erheblich sein sollen.

Herr Schenk bemerkt in Bezug auf das Rederecht für Frau Zoschke, dass Nichtmitglieder des Hauptausschusses s.E. nur auf Beschluss des Ausschusses Rederecht haben, es sei denn, es stehe ausdrücklich auf der Tagesordnung, worauf **Herr Dr. Rauball** entgegnet, dass er als Ausschussvorsitzender festgelegt habe, heute Frau Zoschke das Wort zu erteilen.

Herr Dr. Rauball erteilt **Frau Zoschke** weiterhin das Wort. Sie bemerkt, dass sie auch bereit sei, ihre persönliche Stellungnahme zu den Dingen in der Stadtratssitzung kundzutun. Angeblich werde ihr vorgeworfen, dass sie demokratische Gepflogenheiten nicht einhalte. Sie habe die Vertreter allerdings, bis auf die erwähnten Absagen, einbezogen. Uneinigkeit in den „Präsidiumssitzungen“ habe es zwar z.B. im Hinblick auf die Problematik „Feuerwehrgebäude“ in Reuden und „STEK“ gegeben, wo dann allerdings ein Kompromiss gefunden wurde. Hinsichtlich des Umfangs der meisten Tagesordnungen des Stadtrates war man oft der Meinung, dass diese zu lang seien. Der Stadtrat sei darüber allerdings das demokratische Entscheidungsgremium und nicht das „Präsidium“, das es lt. Kommunalverfassung eigentlich nicht gebe, jedoch aufgrund positiver Wolfener Erfahrungen aufrechterhalten wurde.

Hinsichtlich der Terminplanung der Stadtratssitzungen hatte der Leiter des Büros OB, Herr Jerofke, entsprechende Vorschläge unterbreitet, die an die Fraktions- und Ausschussvorsitzenden verteilt und in einer gemeinsamen Beratung besprochen und festgelegt wurden. Es gab, bis auf die Erweiterung von zwei Gremiensitzungen, keine Änderungswünsche. Jeder hatte die Möglichkeit, weitere Einsprüche geltend zu machen. Umso verwunderlicher sei es, dass nun im Nachhinein Unzulänglichkeiten festgestellt werden. Lt. **Herrn Roi** habe dieser allerdings mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass die ursprünglich festgelegten Stadtratstermine nicht ausreichen würden. Die Sitzungen im vergangenen Jahr mussten zum größten Teil verlängert werden.

Herr Dr. Rauball gibt zu bedenken, dass, würde man mehr Stadtratssitzungen durchführen, auch mehr Protokolle angefertigt werden müssten, was für die Protokollantinnen sicherlich schwierig sein würde. Eine Lösung könnte möglicherweise darin bestehen, die Geschäftsordnung in zwei Punkten zu ändern. Einerseits verändere man den Rhythmus der Stadtratssitzungen tatsächlich auf 4 Wochen und andererseits verändere man die Niederschriften dahingehend, dass lediglich Ergebnisprotokolle angefertigt werden, um eine schnellere Fertigstellung gewährleisten zu können.

	<p>Darüber wird über das Für und Wider diskutiert. So vertritt u.a. Herr Schenk die Auffassung, wenn, es ein Gremiumsmitglied ausdrücklich verlangt, könnte sein Redebeitrag ohne Weiteres wörtlich in die Niederschrift aufgenommen werden, ansonsten sollte auf längere Redebeiträge verzichtet werden.</p> <p>Hinsichtlich der Anzahl der Stadtratssitzungen würde u.a. Herr Gatter diese höchstens auf zwei erhöhen. Er schlägt vor, dass sich die Fraktions- und Ausschussvorsitzenden zur Problematik noch einmal verständigen; Herr Dr. Rauball nimmt diesen Vorschlag auf.</p> <p>In der Frage der Stellvertreter der Stadtratsvorsitzenden teilt Herr Krillwitz mit, dass sich aus der Fraktion Pro Wolfen niemand für diese Funktion zur Verfügung stellen werde.</p> <p>Herr Schenk bemerkt, dass aus der Fraktion CDU-Grüne-IFW bis dato niemand Bereitschaft signalisierte, worauf Herr Gatter und Herr Herder aus ihren Fraktionen ähnliches äußern, da etliche Stadträte noch mit anderen Funktionen betraut sind. Es wird auch die Frage aufgeworfen, ob die Stadtratsvorsitzende möglicherweise ohne Stellvertreter fungieren könnte, was allerdings nach Meinung von Herrn Dr. Rauball eine negative Lösung wäre, da Krankheits- und Abwesenheitsfälle abgedeckt werden müssen. Man sollte sich vor der Stadtratssitzung, so Herr Schenk, gegebenenfalls nochmals darüber verständigen, ob man den TOP bzgl. der Stellvertreter auf der Tagesordnung der Stadtratssitzung belässt oder diesen vertagt.</p> <p>Herr Dr. Rauball spricht zur Problematik der Aufstellung der Tagesordnungen der Stadtratssitzungen generell an, dass z.B. dem Kreistag eine Tagesordnung vorgelegt wird, die im Kreis- und Finanzausschuss vorberaten wurde. Dieser Ausschuss erteilt sozusagen das Einvernehmen mit dem Landrat in Bezug auf die Festlegung der Tagesordnung. Er schlägt deshalb vor, ggf. eine Änderung der Hauptsatzung herbeizuführen, die darauf hinauslaufen könnte, dass der Hauptausschuss die Tagesordnung des Stadtrates festlegt.</p> <p>Herr Tischer weist noch einmal darauf hin, dass in der vergangenen Legislaturperiode der Hauptausschuss die Tagesordnung des Stadtrates vorberaten hatte. Die HA-Sitzungen wurden auch durch die OB geleitet. Nach weiteren Meinungsäußerungen wird festgestellt, dass in den organisatorischen Fragen der Stadtratsarbeit noch erheblicher Diskussionsbedarf besteht und die Fraktions- und Ausschussvorsitzenden sich unbedingt nochmals darüber verständigen sollten.</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende verweist darauf, dass von Herrn Schenk, gemeinsam mit Herrn Rohde, ein Antrag bzgl. der Überarbeitung der gesamten Planung der Stadtratssitzungen gestellt wurde.</p> <p>Herr Gatter schlägt die Durchführung einer Klausurtagung vor. Der Ausschussvorsitzende nimmt diesen Vorschlag auf.</p> <p><i>Herr Dr. Rauball teilt an dieser Stelle mit, dass um 19:56 Uhr die Herren Roi und Krillwitz die Sitzung verlassen haben. Um 20:07 verlassen Frau Garbotz-Chiahi und Herr Jung die Sitzung, so dass zu diesem Zeitpunkt 5 Mitglieder anwesend sind.</i></p>	
zu 8	<p>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen</p> <p>Herr Dr. Rauball richtet eine Anfrage an die Oberbürgermeisterin und bittet Herrn Weber, diese an die OB weiterzugeben. Er möchte wissen, ob die Stadt Bitterfeld-Wolfen an den Finanzausweisungen durch die Landesregierung beteiligt wurde. Nach seinen Informationen wurden Mittel u.a. an die Stadt Zörbig und an den Landkreis verteilt. Sollte dies nicht der Fall sein, bittet er um Information, ob damit ggf. noch zu rechnen sei.</p>	

zu 9	Schließung des öffentlichen Teils Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Rauball , schließt um 20:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.	
-------------	--	--

gez.
Dr. Werner Rauball
Ausschussvorsitzender

gez.
Ilona Bütow
Protokollantin